

IV. Multiverse Kollektive?

Nachfolgend werden – im Anschluss an die Befassung mit Dynamisierungen hinsichtlich des politischen Kollektivs – erste Dynamisierungstendenzen, die sich innerhalb Spaniens für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik abzeichnen, näher erläutert. Mittels des erarbeiteten diskursanalytischen Ansatzes werden auch hier Erweiterungsformen des beteiligten Akteursspektrums sowie der Zusammenhang zu Krisenkontexten (Finanz- und Wirtschaftskrise, Corona-Pandemie) untersucht.

1. Krisenbedingte Dynamisierungen im Verhältnis von Wissenschaft und Politik (Finanz- und Wirtschaftskrise, Corona-Pandemie)

Die unmittelbaren Auswirkungen der wirtschaftlichen Krisen ab 2010 zogen in Spanien vor allem Einsparungen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich nach sich. Sie wurden lange Zeit beibehalten und hatten daher auch systemische Folgen mit Blick auf Bildungs-, Anstellungs- und Karriereperspektiven (vgl. DAAD 2017). Mit dem Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden zudem bereits erarbeitete Investitions- und Reformbemühungen im Bildungs- und Hochschulbereich geschwächt. Teilweise – wie im Fall der spanischen Exzellenzinitiative¹ – wurden sie sogar komplett ausgesetzt (vgl. ebd.: 20).

1 Die spanische Exzellenzinitiative wurde 2008 initiiert und hätte – orientiert am deutschen Exzellenzwettbewerb – als Teil der spanischen Universitätsstrategie durch einen Qualitätswettbewerb zwischen den Hochschulen zu exzellenter und nachhaltiger Strukturbildung (regionale, interuniversitäre, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Partnerschaften) beitragen sollen (vgl. DAAD 2017: 20, Spanisches Bildungsministerium 2010).

Im Jahr 2011 wurde das gerade erst unter der Regierung Zapateros (2004-2008) gegründete *Ministerio de Educación y Ciencia* (Wissenschaftsministerium) (vgl. Spanische Regierung 2004) in seiner Struktur aufgelöst. Wissenschaft und Forschung waren von diesem Zeitpunkt an unmittelbar der Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums unterstellt (vgl. Spanische Regierung 2011). Erst 2018 wurde das Wissenschaftsministerium wieder in eine eigenständige Struktur zurückgeführt, als *Ministerio de Ciencia, Innovación y Universidades* (vgl. Spanische Regierung 2018). Dieser Schritt kann als Trendwende gewertet werden, da sich der politische Stellenwert von Wissenschaft und Forschung veränderte. Als 2019/2020 PSOE und Unidas Podemos in die Regierung traten, blieb zwar die Eigenständigkeit der Wissenschafts- und Innovationsverantwortung erhalten, aber die universitäre Zuständigkeit wurde ausgegliedert² (vgl. Spanische Regierung 2020e, vgl. Kooperation International 2020). Dennoch weist der Erhalt des Wissenschaftsministeriums als eigenständige politische Institution auf den durchaus herausgehobenen Stellenwert von Wissenschaft und Forschung in der spanischen Gesellschaft hin.

In eine ähnliche Richtung deutete 2015 auch die Neugründung der staatlichen Förderagentur *Agencia Estatal de Investigación* (AEI) (vgl. Spanische Regierung 2015).³ Sie sollte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des spanischen Wissenschaftssystems beitragen und auch als neuer diskursiver Akteur innerhalb der spanischen Wissenschaftspolitik fungieren. Dies in der Hinsicht, als dass die AEI auch Policy-Monitoring betreibt und die spanische Regierung bei der Formulierung wissenschaftspolitischer Maßnahmen – auch in Bezug zu europäischen/internationalen Entwicklungen – berät (vgl. Spani-

2 Diese Ausgliederung wurde sowohl vonseiten der spanischen Universitätskonferenz als auch des amtierenden Wissenschaftsministers, Pedro Duque, mit Unverständnis aufgenommen (vgl. Kooperation International 2020). Um den Kritiken entgegenzuwirken und eine effektive Koordination der beiden Ministerien zu erwirken, wurde daraufhin Anfang 2020 ein interministerieller Verbindungsausschuss eingerichtet (vgl. Spanische Regierung 2020f.).

3 Die AEI ist dem spanischen Wissenschaftsministerium direkt unterstellt und soll – mittels jährlich festgelegter und mit den Wissenschafts- und Finanzministerien verhandelter Programmpläne – ein Förderportfolio für Forschung und Innovation in Spanien bereitstellen, das u.a. Mittel die Förderung von themenoffener Grundlagenforschung umfasst und Kooperationsanreize setzt (vgl. Spanische Regierung 2015).

sche Regierung 2015).⁴ Über diese zunächst einschränkenden, dann fördernden systemischen Entwicklungen des spanischen Wissenschaftssystems im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise hinaus kann gleichermaßen bereits zum gegebenen Zeitpunkt (Frühjahr 2022) konstatiert werden, dass (allgemein wie auch in Spanien) insbesondere durch die Corona-Pandemie die politischen wie auch sozialen Funktionalitäten von Wissen – und vor allem einer faktenorientierten Wissensproduktion – eine deutliche Wertschätzungssteigerung erfahren haben. Wissen wird mehr und mehr zum *investment case*. Wissen oder Wissensproduktion wird als Investment gesehen, dass sowohl zu gesamtgesellschaftlichem Fortschritt als auch verstärkter Resilienz führen kann (vgl. Müller 2020). Gleichzeitig erfährt im Zuge der Corona-Pandemie der Staat in seiner Rolle als Regulations- und Schutzinstanz eine neue Konjunktur. Er soll Unsicherheiten und Risiken eindämmen (vgl. Müller 2020). So zeigt sich bereits zum aktuellen Pandemie-Zeitpunkt der Bedarf für eine Neuverhandlung von Staatlichkeit, die auf Nachhaltigkeit und Resilienz statt Konkurrenz, Wettbewerb und Marktdynamik ausgelegt ist (vgl. Reckwitz 2020). Die an die Vergabe der NEGU-Mittel (Next Generation EU) gekoppelten, staatlichen Reformvorhaben weisen ebenfalls bereits in diese Richtung. Auch hier ist Spanien als Beispiel dienlich, da die Regierung bereits angekündigt hat u.a. für den Forschungs- und Entwicklungsbereich den bisher höchsten Budgetaufwuchs, den es jemals innerhalb Spaniens gab, vorzusehen und somit dem Trend einer stärkeren systemischen Förderung dieses Sektors weiter Rechnung zu tragen.⁵ Bereits im Sommer 2020 hatte die

4 In ihrer Policy-Funktion ist die AEI neben dem spanischen *Consejo Superior de Investigaciones Científicas* (CSIC) Mitglied im *Science Europe*-Verbund (vgl. Science Europe 2021), dem Dachverband europäischer Forschungs- und Förderorganisationen, sowie bei internationalen Meetings des *Global Research Council* (GRC) (vgl. GRC 2021), einem freiwilligen, virtuellen Zusammenschluss bzw. wissenschaftspolitischen Austauschforum der weltweit großen Forschungs- und Förderorganisationen, vertreten.

5 Die spanische Regierung hat im Jahr 2020 mehrere Maßnahmen angekündigt, die den erhöhten Stellenwert und die strategische Schwerpunktsetzung auf die Bereiche Forschung und Entwicklung verdeutlichen. So sieht der Corona-Recovery-Plan, der von der Regierung verbindlich gegenüber der EU für den Erhalt und die Verwendung der finanziellen Mittel aus dem NEGU-Fund vorgelegt werden muss u.a. eine finanzielle wie institutionelle Stärkung des spanischen Wissenschaftssystems vor. Insgesamt sollen für Investitionen im Wissenschafts- und Innovationsbereich 16,5 Prozent der aus dem *EU Recovery Plan* bereitgestellten EU-Mittel (voraussichtlich 72 Millionen Euro für drei Jahre ab 2021) aufgewendet werden (vgl. Spanische Regierung 2020a). Bereits für 2021 wurde außerdem eine deutliche Erhöhung des spanischen Budgets für Forschung

Regierung auf die Krisenentwicklung mit einem ersten Konjunkturpaket für Forschung und Innovation reagiert (vgl. Spanische Regierung 2020d) und eine unmittelbare Investition von 1.056 Millionen Euro für 2020/2021 zugesagt (vgl. Spanische Regierung 2020d: 4). Darüber hinaus hatte sich die spanische Regierung auf einen *Pakt für Forschung und Innovation*⁶ geeinigt, der unter anderem eine verbindliche Erhöhung der öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 1,25 Prozent des BIP bis 2030 vorsieht (vgl. Spanische Regierung 2020b). Im Vergleich zu den Reaktionsweisen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 weist diese Zuwendung – zumindest für den Moment – in Richtung einer langfristig und nachhaltig orientierten Krisenbewältigungsstrategie, die das Wirtschafts- und Wertschöpfungsmodell Spaniens grundlegend verändern könnte.

Neben diesen wissenschaftspolitisch-systemischen Veränderungsmaßnahmen, die durchaus auch im Kontext der Krisendynamiken zu sehen sind, lassen sich zudem auch Veränderungen mit Blick auf die politisch-diskursive Wirksamkeit wissenschaftlichen Wissens innerhalb Spaniens ausmachen.

und Innovation auf etwas mehr als drei Milliarden Euro (fast 60 Prozent mehr an öffentlichen Geldern als 2020) angekündigt (vgl. Spanische Regierung 2020c).

- 6 In Deutschland wurde bereits im Jahr 2005 zwischen Bund und Ländern ein *Pakt für Forschung und Innovation* geschlossen, der einen jährlichen Mittelaufwuchs von drei Prozent für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie die vier großen deutschen außeruniversitären Forschungsorganisationen (Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft und Leibniz-Gemeinschaft) vorsieht. Mit dem Pakt verpflichten sich die fünf Organisationen ihrerseits dazu, festgelegte forschungspolitische Ziele umzusetzen, über die sie gegenüber Bund und Ländern berichtspflichtig sind (vgl. BMBF 2021). Die spanische Paktvariante unterscheidet sich, insofern sie zwischen dem Wissenschaftsministerium und aktuell 66 verschiedenen Akteuren des Wissenschaftssystems (u.a. spanische Hochschulrektorenkonferenz, Wissenschaftsakademien, Gewerkschaften und Verbände) getroffen wurde. Neben der Verständigung auf den angeführten Mittelaufwuchs, zielt der Plan u.a. auf systemische Maßnahmen zur Karriereentwicklung und Förderung im Wissenschaftssystem sowie eine Aufstockung des Budgets der nationalen Förderagentur AEI ab (vgl. Spanische Regierung 2020b). Auch in anderen europäischen Ländern kam es 2021 – nach mehrjährigen Planungsprozessen – zum Beschluss ähnlicher Pakt-Modelle, die neben einem finanziellen Aufwuchs auch systemische Maßnahmen lancierten bzw. fruchtbare Anreize für ein stärkeres nationales Wissenschaftssystem und Wettbewerb sowie (internationale) Kooperation setzen sollten, zum Beispiel das *Loi de Programmation* in Frankreich (Mesri 2020) oder auch die FTI-Strategie beziehungsweise der FTI-Pakt Österreichs (BMBWF 2020).

Hier wäre die bereits erwähnte und Ende Dezember 2020 beschlossene Ansiedelung eines unabhängigen wissenschaftlichen Beratungsgremiums bzw. -büros, das sogenannte *Oficina de Ciencia y Tecnología* (vgl. Mesa del Congreso de los Diputados 15.12.2020, vgl. EFE 2020), im spanischen Parlament als neue Rolle für und von wissenschaftlicher Wissensproduktion in Spanien zu nennen. So ist mit diesem Beschluss auch eine unmittelbare Berücksichtigung wissenschaftlichen Wissens innerhalb der politischen Diskursbildung sowie sich daraus ableitenden zukünftigen (legislativen) Handlungsweisen gegeben bzw. wird zumindest avisiert. Diese Entwicklung der erweiterten Verschränkung von Wissenschaft und Politik wird abschließend diskursanalytisch aufgearbeitet.

2. Einrichtung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* und Impulse der Corona-Pandemie

Nachdem die ausgelöste Dynamik des politischen Diskurses durch die verschiedenen kollektiven Akteure beleuchtet wurde, folgt nun die Untersuchung der Verschränkung von politischer Diskurs- und Wissensbildung mit wissenschaftlicher Wissensproduktion. Auch hierbei richtet sich der Blick auf relevante Kollektivakteure und ihre diskursive Konzeptionalisierung. Es wird nach demselben methodischen Prinzip wie in der Analyse der politischen Krisensituation vorgegangen.

Um die diskursive Verhandlungsweisen rund um die Einrichtung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* darlegen zu können, wird zunächst nach ähnlichen Schritten verfahren, wie im Falle des politischen Raums und der damit vollzogenen Diskurs- und Kollektivanalyse. So wird zunächst kurz in den Entstehungshintergrund des *Oficina de Ciencia y Tecnología* eingeführt, relevante Akteursinstanzen sowie die Eingrenzung und Zusammenstellung des diskursiven Textrepertoires, das die Grundlage für die Analysearbeit darstellt, erläutert. In einem zweiten Schritt werden das ausgewählte Textmaterial sowie die sich hieraus ergebenden diskursiven Verhandlungsweisen und Positionierungen der betrachteten Kollektivakteure ausgewertet. Hierbei wird insbesondere hinterfragt, inwiefern u.a. die durch die Corona-Pandemie aufgekommene, neue Krisensituation als Dynamisierungseffekt für die Umsetzung bzw. Einrichtung des Büros verstanden werden kann und wie die Akteure den Bedarf von wissenschaftlichem Wissen für politisches Handeln konzeptionalisieren bzw. begründen. Abschließend werden die gewonnenen Erkenntnis-

se in Bezug zu den macht-/diskurstheoretischen Annahmen Foucaults sowie vor allem auch zum wissenskollektiven Verständnis Latours in Verbindung gesetzt.

Die Einrichtung eines ständigen, parteiunabhängigen wissenschaftlichen Beratungsbüros und Analysegremiums im spanischen Parlament wurde bereits seit mehreren Jahren öffentlich debattiert (vgl. Cuartopoder 2020). Festgelegt wurde die Implementierung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* im Jahr 2018 von Mariano Rajoy. Allerdings geriet das Vorhaben mit dem Regierungswechsel zu Pedro Sánchez ins Stocken (vgl. ebd.).⁷ Erst im Dezember 2020 beschloss der Kongress erneut die Einrichtung eines derartigen Gremiums und übertrug die Durchführung und Koordination der nationalen Regierungsförderagentur *Fundación Española para la Ciencia y la Tecnología* (FECYT, Spanische Stiftung für Wissenschaft und Technologie)⁸ in Zusammenarbeit mit dem *Congreso de los Diputados* (Unterhaus des spanischen Parlaments) (vgl. EFE 2020). Anfang März 2021 schließlichen einigten sich beide Institutionen formal auf die Zusammenarbeit und Projektumsetzung (vgl. Congreso de los Diputados 02.03.2021).

Ursprünglich wurde der Impuls zur Einrichtung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* nicht über eine formale wissenschaftspolitische Diskursinstanz wie eine Akademie, Förder- oder Forschungseinrichtung oder eine Rektorenkonferenz in den öffentlichen Diskurs eingebracht, sondern 2018 über die Initiative *Ciencia en el Parlamento* (CeP)⁹, die das Thema seitdem immer wieder ins politische und gesellschaftliche Bewusstsein gerufen hat (vgl. Ciencia en el Parlamento 2021).

7 So wurde bereits Ende 2018 der Beschluss gefällt, ein derartiges Gremium einzurichten und ein entsprechendes Budget von 200.000 Euro im spanischen Haushaltsentwurf zu reservieren. Aufgrund zweimaliger Neuwahlen im Jahr 2019 rückte die Umsetzung der Maßnahme allerdings in den Hintergrund und wurde erst ab Sommer 2020 wieder neu aufgegriffen (vgl. Ciencia en el Parlamento ohne Datum 2021b und hier unter: »Pregunta: ¿Existe la Oficina de Asesoramiento Científico y Tecnológico del Congreso de los Diputados? ¿Pero no dijeron que la habían aprobado y dotado con 200.000€ en 2018?«).

8 Das FECYT ist eine öffentliche Stiftung, die dem spanischen Wissenschaftsministerium unterstellt ist. Zu ihren Kernaufgabe gehört es u.a., Maßnahmen zu lancieren, die Wissenschaft und Gesellschaft näher zusammenbringen und zu einer offenen und integrativen Wissenschaft sowie zu (wissenschaftlicher) Bildungsförderung beitragen (vgl. FECYT 2021).

9 Die Abkürzung wurde der besseren Lesbarkeit halber von der Autorin gesetzt.

Neben dem *Congreso de los Diputados* und FECYT sollen nachfolgend insbesondere auch die Positionierungen und Anliegen der Kollektivbewegung *Ciencia en el Parlamento (CeP)* als relevanter (Impuls-)Akteur für die diskursanalytische Aufarbeitung der Debatte um das *Oficina de Ciencia y Tecnología* seit 2018 untersucht werden. Neben Pressemitteilungen, Positionspapieren und Beschlussdokumenten der drei genannten, zentralen Diskursinstanzen, sollen zudem auch ausgewählte Presseberichte bzw. -mitteilungen¹⁰ über die politischen Beschlüsse und Debatten in die Analyse einbezogen werden, insofern sie Standpunkte von politischen Entscheidungsträgern bzw. Abgeordneten oder Vertretern der CeP oder FECYT (direkt oder indirekt) wiedergeben. Zudem wird hinterfragt, ob bzw. welchen Einfluss die Krisensituation der Covid-19-Pandemie auf die diskursive Verhandlungs-/Begründungslogik für die Einrichtung eines derartigen Beratungsgremiums hatte. Als leitendes Deutungsmuster für die Auswahl bzw. Zusammenstellung des Korpus fungiert in allen Fällen *Oficina de Ciencia y Tecnología*. Im Gegensatz zur Analyse der krisenbedingten (Diskurs-)Dynamisierungen im politischen Raum, werden in diesem Analyseteil eine Mischung aus politischen Primär- und Sekundärtexten (vgl. Klein 2014: 297) berücksichtigt. Dies aus dem Grund, da der Fokus der Analyse nicht so sehr auf Positionierungsmöglichkeiten anderer Diskursstimmen bzw. von Narrativen für Machtbestreben, sondern auf der Aufschlüsselung einer systemimmanenten produktiven Erweiterung des Akteursspektrums in und für Wissenschaft und Politik liegt.

Insgesamt muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass im Verhältnis zur vorhergehenden politischen Analysearbeit im Kontext der Wirtschaftskrise und sich ergebenden Veränderungen des politischen Akteurs-/Diskursgefüges für den nun vorliegenden Analysefokus ein deutlich geringerer textlicher Korpusbestand zusammengestellt werden konnte. Dieser umfasst – aufgeschlüsselt nach den erwähnten Akteuren – folgenden quantitativen Umfang an Textmaterialien:

10 Zu den ursprünglichen Anliegen und Veranstaltungen der CeP im Jahr 2018 hatten u.a. die PSOE (vgl. PSOE 06.11.2018), das spanische Wissenschaftsministerium (2018) sowie die spanische Rektorenkonferenz (vgl. CRUE 06.11.2018) eine Pressemitteilung veröffentlicht.

Tabelle 5: Quantitativer Textumfang des Korpus zum Oficina de Ciencia y Tecnología (eigene Darstellung)

	Ciencia en el Parlamento (CeP)	Congreso de los Diputados	Fundación Española para la ciencia y la tecnología (FECYT)	Presseberichte & -mitteilungen (2018-2020)
Textdokumente	8	5	3	11

Aufgrund des geringen Umfangs des zurzeit vorliegenden Textmaterials sowie der erst mit Herbst 2020 erneut aufgekommenen Debatte bzw. Erneuerung des Einrichtungsbeschlusses kann die angefertigte Analyse nur als exemplarische Annäherung an diesen Diskursstrang und behandelten Themenkomplex verstanden werden. Dennoch kann zumindest eine erste analytische Reflektion über die diskursiv verhandelten Begründungslogiken für eine vertiefte Interrelation von wissenschaftlichem Wissen und politischer Diskursführung wie Handlungsleitung der beschriebenen Diskursinstanzen erfolgen.

2.1 Diskursive Begründungslogiken

Wie bereits erwähnt, entstammt der Impuls für die öffentliche Diskussion und den letztlichen Einrichtungsbeschluss eines wissenschaftlichen Beratungsgremiums/-büros des spanischen Parlaments der wissenschaftlichen Bewegung CeP. Die CeP beschreibt sich selbst als »iniciativa ciudadana independiente« (Ciencia en el Parlamento 2021), deren primäres Motiv darin besteht, »que la ciencia y el conocimiento científico sean una de las fuentes de información en la formulación de propuestas políticas« (ebd.). Ihr Kernanliegen ist die erwähnte Gründung eines wissenschaftlichen Beratungsgremiums/-büros im spanischen Parlament. Dieses formulierte die Bürgerinitiative zunächst über den Twitter-Hashtag *#cienciaenelparlamento* (vgl. Ciencia en el Parlamento 2021c). Im Verlauf der Kampagne richtete die CeP im November 2018 eine zweitägige Vernetzungs- und Diskussionsveranstaltung aus, die sie in das unmittelbare Sichtbarkeits- und (diskursive) Interaktionsfeld der spanischen Politik und Gesellschaft rückte (vgl. Ciencia

en el Parlamento 2021b, Europapress 2018): *Jornadas #CienciaenelParlamento*. An den wissenschaftlichen und politischen Diskussionen sowie an der Vorbereitung und Durchführung der gesamten Kampagne waren über 200 Institutionen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft und knapp 100 Abgeordnete beteiligt. Darüber hinaus berichteten verschiedene nationale und internationale Medien über die Initiative und ihr Anliegen (vgl. *Ciencia en el Parlamento* 17.10.2020: 8). Der Initiator der Bewegung, Andreu Climent, begründete auf einer der *Jornadas* das Vorhaben:

»El hecho de que tenemos mucho conocimiento nos ayuda a que nuestras vidas sean posibles, pero no si no se sustenta en valores de la democracia«, ha señalado Climent, que hace hincapié en la búsqueda de que el conocimiento disponible se ponga a disposición de las personas que toman todas las decisiones para poder diseñar un futuro bueno para todos [...]. [E]l objetivo de ›Ciencia en el Parlamento‹ [...] [es] ›abrir una vía de comunicación« (Europapress 2018).

Allerdings wies Climent in diesem Zusammenhang ebenfalls darauf hin, Wissenschaften oder wissenschaftliche Informationen würden keine unumstößlichen Wahrheiten oder gar Antworten auf alle Fragen und Probleme liefern. Nichtsdestotrotz sei wissenschaftliches Wissen als bestmögliche Grundlage für die Entscheidungsfindung und Beurteilung einer Situation zu betrachten: »La ciencia no tiene todas las respuestas pero la toma de decisiones con la información más veraz posible aumenta las posibilidades de acertar« (Europapress 2018).

Politische Vertreter wie Ángeles Heras (Staatssekretärin für Universitäten, Forschung, Entwicklung & Innovation) sahen in einer evidenzbasierten Politik zusätzlich die Chance, wissenschaftliche Erkenntnisse umfänglicher und zum Wohle aller in die Gesellschaft transferieren zu können: »Tenemos mucho conocimiento, tenemos muy buenos grupos de investigación, muy buenas universidades, pero para crecer como país es imprescindible ponerlo en valor y transformarlo en valor añadido« (Rodríguez 2018). In diese Richtung weist auch die Zielsetzung der CeP-Statuten: Die Initiative möchte sowohl eine politische Kultur lancieren, die sich an Wissenschaft und wissenschaftlicher Information orientiert und diese in ihre Entscheidungen einbezieht, als auch den Transfer von Forschungserkenntnissen stärker an den Bedarfen der Gesellschaft ausrichten (vgl. *Ciencia en el Parlamento* ohne Datum 2021a – hier unter: »Capítulo I – Denominación, Fines, Domicilio y Ámbito«).

Ebenfalls im Rahmen der *Jornadas* bestärkte die damalige Vorsitzende des *Congreso de los Diputados*, Ana Pastor, die unbedingte Notwendigkeit einer neutralen und validen Wissensbasis für die parlamentarische Arbeit, insbesondere angesichts der zunehmend komplexer werdenden technologischen Herausforderungen (vgl. Europapress 2018).¹¹ Vor diesem Hintergrund wies sie die Einrichtung des vorgeschlagenen Beratungsgremiums als »uno de los objetivos prioritarios de esta legislatura« (N+1 2018) aus. Auch andere politische Akteure wie das Wissenschaftsministerium oder die PSOE begrüßten die Initiative der CeP (vgl. Spanisches Wissenschaftsministerium 2018, PSOE 06.11.2018). So betonte beispielsweise die PSOE den Mehrwert einer solchen Einrichtung für die parteiübergreifende parlamentarische Arbeit und die Auseinandersetzung mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen:

»[L]a sinergia entre científicos y políticos pueda dar grandes resultados para el servicio público [...] [;] en los procesos legislativos, en el desarrollo de las ponencias de las distintas leyes que [se] elabora[n] en el Congreso, puede ser muy útil [...]. También »para prevenir y planificar los retos de futuro – el cambio climático, retos demográficos, sanitarios, políticas de conciliación familiar [...]« (PSOE 06.11.2018).

Wissenschaftliches Wissen biete vor allem für politische Handlungsentscheidungen einen Mehrwert, da sich die Akteure daran orientieren könnten. Diesen Vorteil bestätigte unter anderem Ana Pastor, indem sie auf Fragestellungen im Zusammenhang mit politischen Legislativmaßnahmen verwies:

»Es fundamental que los legisladores tengamos una fuente a la que acudir cuando vamos a legislar, para tener un conocimiento sobre una materia compleja« ha afirmado Pastor [...] y que ha advertido de los »grandes cambios legislativos« y de la »transformación« que están por venir como [...] la lucha contra el cambio climático« (Europapress 2018).

Die Einrichtung eines derartigen Beratungsgremiums wurde zudem innerhalb des gesamten Abgeordnetenhauses bereits im Jahr 2018 als sinnvolle Un-

11 Siehe hierzu folgende Aussagen Pastors: »La relación de la ciencia y la tecnología con el parlamento es clave para elaborar leyes que tengan un contenido muy adaptado a las necesidades de este siglo en el que vivimos, el siglo de la revolución tecnológica« (Europapress 2018).

tersüztung in der parlamentarischen Arbeit gesehen.¹² Obwohl die Finanzierung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* in den Haushaltsbeschluss von 2019 aufgenommen wurde (vgl. Congreso de los Diputados 03.12.2018, vgl. Domínguez 2018), kam es aufgrund der politisch volatilen Regierungssituation im Jahr 2019 nicht zur Umsetzung. Die 2019 ins Amt berufene Präsidentin des *Congreso de los Diputados*, Meritxel Batet, versicherte jedoch, die Implementierung werde in der laufenden Legislatur umgesetzt. Sie bestätigte den Wert des Gremiums,

»que, en coordinación con el sistema científico, provea a los parlamentarios del conocimiento científico contrastado e imparcial que necesiten para vertebrar sus discursos y enriquecer los debates parlamentarios y las propias iniciativas legislativas.« (Souto Salom 2019)

Zudem blieb die CeP – auch u.a. in Kooperation mit der FECYT¹³ – weiterhin aktiv und intensivierte ihre Bemühungen insbesondere ab 2020. So legte sie im Oktober 2020 dem Präsidium des *Congreso de los Diputados* einen Bericht vor, in dem die Wertigkeit wissenschaftlichen Wissens für Politik und politische Entscheidungsfindungen betont und verschiedene Mechanismen politischer Beratung darlegt wurden (vgl. Ciencia en el Parlamento 17.10.2020). Das Kollektiv nutzte insbesondere die Corona-Krise als erweiterte Begründungslogik. Schließlich habe sie das wissenschaftliche Informations- und Beratungsdefizit des Parlaments sichtbar gemacht. Die Einrichtung des Büros für Wissenschaft und Technologie sei daher elementar für die spanische Politik und Gesellschaft¹⁴:

-
- 12 Siehe hierzu u.a. folgenden Auszug aus einem Protokoll des Abgeordnetenhauses aus 2018 mit folgender Anweisung an die spanische Regierung: »El Congreso de los Diputados insta al Gobierno a impulsar [...] las siguientes medidas y líneas de actuación: [...] [E]l Congreso de los Diputados considera necesaria la creación de una Oficina de Ciencia y Tecnología en el Congreso, que sirva de soporte a la labor parlamentaria« (Congreso de los Diputados 08.06.2018: 4).
- 13 FECYT und CeP arbeiten bereits seit 2018 zusammen, so u.a. auch um Austauschveranstaltungen der *Jornadas #cienciaenelparlamento* vorzubereiten und gemeinsame Vorbereitungsseminare zu organisieren und zu finanzieren (vgl. FECYT 02.07.2018, FECYT 16.10.2018 und Ciencia en el Parlamento ohne Datum 2021b – hier unter: »Pregunta: ¿Cuál ha sido y es el papel de la Fundación Española para la Ciencia y la Tecnología (FECYT) en Ciencia en el Parlamento?«).
- 14 Dieser Bedarf lässt sich auch anhand einer Umfrage des wissenschaftlichen Fachverlags *Frontiers* (vgl. Rijs/Fenter 2020) bestätigen, die u.a. die Zufriedenheit von Forschenden mit dem Einbezug wissenschaftlicher Erkenntnisse in politische Entschei-

»La crisis mundial acaecida por la pandemia COVID-19 [...] ha puesto de manifiesto que la sociedad española se enfrenta a problemas globales cada vez más complejos y de difícil resolución. Esta crisis ha demostrado la necesidad de una mayor cercanía entre el mundo de la ciencia, la tecnología y la innovación con el de las políticas públicas, para ofrecer información valiosa con la que poder dar respuesta a esta crisis desde el Gobierno de España y el conjunto de la Administración General del Estado. [...]. Ante este reto global, las Cortes Generales han ofrecido el espacio para el debate parlamentario y el escrutinio a la acción gubernamental pero su capacidad de respuesta y acceso a la información científica ha sido limitada en comparación con otros parlamentos en el mundo. Las Cortes Generales necesitan mecanismos de asesoramiento científico legislativo permanente que fomenten un espacio deliberativo con el que apuntalar la democracia española no solamente ante crisis como la de COVID-19, sino también para el ejercicio parlamentario y ejecutivo cotidiano.« (Ciencia en el Parlamento 17.10.2020: 6).

Zwar räumte die CeP ein, dass in der spanischen Politik bereits verschiedene Kanäle der wissenschaftlichen Beratung und Informationsübermittlung existierten, diese könnten allerdings nicht proaktiv agieren (vgl. Ciencia en el Parlamento 17.10.2020: 15). Gleichermassen würden Beispiele aus anderen Ländern¹⁵, in denen Parlamente auf ein wissenschaftliches Beratungsgremium zurückgreifen können, zeigen, dass

»[un] asesoramiento científico legislativo [allí] [...] se ha traducido en debates parlamentarios más informados y en mejores políticas públicas, incluidas las sanitarias, gracias a un mayor debate público y la cercanía entre expertos y parlamentarios [...] [y] que una OPACT [Oficina parlamentaria de asesoramiento científico y tecnológico] se erige como instrumento que

dungen untersuchte. Sie ergab für Spanien ein durchaus kritisches Bild: 45 Prozent von 900 befragten spanischen Forschenden gaben an, unzufrieden mit dem Einbezug wissenschaftlicher Beratung in die politische Entscheidungs- und Strategiebildung zum Umgang mit Covid-19 zu sein. Damit belegt Spanien in der Rangfolge der befragten Länder einen der hinteren Plätze.

- 15 In Deutschland wäre eine vergleichbare Einrichtung das *Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag* (TAB), das eine eigenständige wissenschaftliche Einrichtung darstellt, die den Bundestag sowie seine Ausschüsse zu wissenschaftlich-technischen Fragestellungen berät (vgl. TAB 2021).

suma y enriquece el ecosistema entre conocimiento científico y políticas públicas.» (Santillán-García et al. 2020: 4)

Letztlich werde – von der qualitativ höherwertigen Diskussions- und Informationslage abgesehen – die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit von dieser engeren und transparenteren Verschränkung von wissenschaftlichem Wissen und Politik profitieren. Es spreche also einiges für eine evidenzbasierte politische Debatte und Entscheidungsbegleitung (vgl. ebd.), da ein derartiges Gremium als Verbindungskanal zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft fungieren könne. Hierdurch werde ein vielseitiger, transparenter politischer Diskurs ermöglicht und es komme zu einer Erweiterung der Kontaktwege, unter anderem über offene Kommunikationswege, verschiedene Veranstaltungen und Austauschformate (vgl. *Ciencia en el Parlamento 2020*: 16 und 21). Dabei betonte CeP allerdings auch erneut, dass die wissenschaftliche Information nicht gleichgeschaltet zu einer politischen Entscheidung bzw. Diskussion verstanden werden, sondern diese lediglich Evidenzmaterial zur Entscheidungsfindung liefern könnte: »Desde *Ciencia en el Parlamento* se recordó que el objetivo no es que las leyes sigan un criterio exclusivamente basado en la ciencia, pero sí que el factor científico y tecnológico sea tomado en cuenta« (*Cuartopoder 2020*).

Im Dezember 2020 wird die Einrichtung des Beratungsgremiums im Parlament von Seiten des Präsidiums des Congreso de los Diputados einstimmig beschlossen und die Aufgabe der Koordination und Implementierung des Büros schließlich an die FECYT übertragen (vgl. *EFE 2020*, vgl. *Mesa del Congreso de los Diputados 15.12.2020*). Nach Aussage der Generaldirektorin, Cecilia Cabello, sei dieser Beschluss »una excelente oportunidad para poner el conocimiento científico al servicio de las políticas públicas y la sociedad en general« (*FECYT 02.03.2021*). Auch die Präsidentin des *Congreso de los Diputados* bestätigte die bereichernde Funktion des neuen Gremiums (vgl. *Congreso de los Diputados 02.03.2021*). Die Politik äußerte ihren Dank gegenüber den zivilgesellschaftlichen Initiatoren der CeP, die die Realisierung dieser Idee angestoßen hätten (vgl. ebd.). Auch die CeP zeigte sich mit den Entwicklungen zufrieden, verkündete allerdings auch, »[que] va a seguir trabajando para llevar la ciencia a todos los parlamentos autonómicos y seguir acercando ciencia, política y sociedad« (*Ciencia en el Parlamento 03.03.2021*).

2.2 Entwicklungsschritt in Richtung eines multiversen Kollektivs?

Es kann zunächst festgehalten werden, dass es Gemeinsamkeiten zwischen der Einrichtung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* und den Dynamisierungen des politischen Raums in Spanien gibt, insofern eine Bewegung – ob zivilgesellschaftlich oder wissenschaftsimmanent – als Kollektivakteur Einfluss auf den Diskurs nimmt, wodurch sich ein neuer Akteur materialisiert. Waren es im Falle des politischen Analyseteils das 15-M/Indignados-Kollektiv und Podemos, die aufgrund einer vielschichtigen (ökonomischen wie repräsentativen) Krisenlage die (diskursive) Grundlage für eine Veränderung des politischen Diskurs- und Akteurspektrums indizierten, rückt mit der CeP-Initiative ebenso ein nicht-institutionalisierter Akteur in das öffentliche Sichtbarkeitsfeld, der letztlich durch die Einrichtung eines unabhängigen *Oficina de Ciencia y Tecnología* eine Erweiterung wissenschaftlicher Vermittlungsinstanzen erwirkte. Im Unterschied zum politischen Kollektiv kann die diskursive Einschreibung von CeP jedoch nicht als ›Gegen-Stimme‹ im Foucault'schen Sinne verstanden werden, weil die CeP nicht versucht hat, die gegebenen Macht- und Repräsentationsweisen zu verändern, sondern von Anfang an in einen produktiv-gestalterischen Austausch mit politischen und gesellschaftlichen Akteuren zu treten (Stichwort *Jornadas*). Ziel war es, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft miteinander produktiv interagieren zu lassen und über diesen Weg eine politische wie informative Rückkopplung zur Gesellschaft zu erreichen, die positive Rückwirkungen entfalten würde.

Aus der Anfang März 2021 veröffentlichten Vereinbarung zwischen FECYT und dem *Congreso de los Diputados* geht hervor, dass die prinzipiell – insbesondere von CeP – diskursiv verhandelten Ideen für die Nutzbarmachung wissenschaftlichen Wissens für das Parlament grundlegend aufgegriffen werden sollen (vgl. Congreso de los Diputados/FECYT 2021: 3). Zentrale Aufgabenbereiche betreffen die Aufbereitung wissenschaftlicher Informationsmaterialien zu Themen, die perspektivisch von politischer (Entscheidungs-)Relevanz sein könnten oder auch die transparente Kommunikation und Verbreitung der Informationsmaterialien, um wissenschaftliche Wissensbestände für die Gesellschaft zugänglicher zu machen. Darüber hinaus sollen Interaktionsveranstaltungen zwischen Wissenschaft und Politik organisiert werden. Neben der gemeinsamen Leitung und Finanzierung der *Oficina* durch Vertreter des Congreso und FECYT (vgl. Congreso de los Diputados 02.03.2021), sollen zudem die wissenschaftlich aufzubereitenden Themen dem Präsidium des *Con-*

greso de los Diputados vorgelegt werden, um hierauf basierende jährliche Arbeits- oder Aktivitätspläne festzulegen (vgl. ebd.).

In dieser Grundkonzeption zeigt sich, dass diese Art der Anlage des *Oficina* zwar um eine vertiefte Informations- und Interaktionsmöglichkeit zwischen Wissenschaft und Politik bestrebt, jedoch nicht von einer Auflösung der getrennten Sphären von Wissenschaft und Politik im Latour'schen Sinne geprägt ist (vgl. Latour 2016: 152). Schließlich wird Wissenschaft als Mittlerinstanz konzeptionalisiert, die weiterhin die Aufgabe der Entschlüsselung der Dinge der Welt übernehmen soll. Wissenschaft bleibt somit in einer von Politik getrennten, wissenschaftlichen Sphäre verhaftet. Diese Konzeption steht somit der Latour'schen Forderung eines offenen, mit den Dingen der Welt flexibel interagierenden multiversen Kollektivs entgegen, in dem Wissenschaften, Politiken und (Ding-)Prozesse gleichermaßen interagieren, man in eine Welt treten würde, »die aus insistierenden Realitäten besteht« (Latour 2001: 265).

Diskursiv zeigte sich diese dichotome Funktions- und Interaktionsweise des *Oficina* bereits 2018. CeP und Politik (Ana Pastor in Europapress 2018, PSOE 2018) hatten die Nutzbarmachung des Wissens des *Oficina* vor allem im Zusammenhang mit politischen Entscheidungsfindungen angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen betrachtet und somit wissenschaftlichem Wissen eine erklärend-entschlüsselnde Funktion zugewiesen.

Jedoch sollte es hingegen in der Latour'schen Auffassung um einen anderen, kollektiven Prozess gehen, in dem es »nicht mehr um eine Definition des Universums [geht], aus der anschließend Handlungsregeln abgeleitet würden, sondern um eine Verpflichtung aller Beteiligten, ihren Kosmos oder ihre Kosmen zu explizieren.« (Latour 2016: 151). In diesem Zusammenhang kann zudem konstatiert werden, dass sich – anders als zunächst vermutet – mit Ausnahme der Verweise der CeP auf Basis des Korpusmaterials kein unmittelbarer verstärkter Begründungszusammenhang zur Covid-19-Pandemie nachweisen lässt. Hier diente also nicht unbedingt die konkrete Krisensituation als Katalyseimpuls, sondern wurde von Seiten der politischen Akteure auf (abstrakte) zukünftige Herausforderungen verwiesen, die den Bedarf des *Oficina* begründeten.

Letztlich offenbart die Auseinandersetzung mit den diskursiven Begründungslogiken, dass mit dem *Oficina* zwar eine erweiterte Interaktionsmöglichkeit zwischen Wissenschaft und Politik in Spanien geschaffen wird, diese allerdings nicht zu einer fundierten Verflechtung beider Bereiche in einem Latour'schen Sinne führt. Insbesondere in den erweiterten Legitimi-

ansprüchen an Wissenschaft als Begründungsfolie für politische Debatteführung und Entscheidungsfindung sowie einer damit verbundenen Indienststellung für Politik und Gesellschaft sind nicht unbedingt produktiv-eigenständige Einwirkungsmöglichkeiten wissenschaftlichen Wissens zu erwarten. Vielmehr könnte sich hieraus auch ein (unverhältnismäßiger) Erwartungsdruck vonseiten der Politik und Gesellschaft gegenüber wissenschaftlichem Wissen in seiner Sicherheits- und Orientierungsfunktion ergeben. Dies in der Hinsicht, als dass – wie in Kapitel I bereits dargelegt – Politiken versichernde Wissenssysteme zu garantieren haben, die (gesellschaftliche) Risiken kalkulier-/steuerbar machen (vgl. Evers/Nowotny 1987: 19ff.) und (angepasste) Orientierungsrahmen für Handlungs- und Verhaltensweisen schaffen (vgl. ebd.: 306). In dieser Hinsicht sind auch die präventiven Äußerungen der CeP zu verstehen, die bereits darauf hinweisen, dass Wissenschaften keine absoluten Wahrheiten oder Antworten liefern, jedoch eine valide Grundlage für politische Debatten- und Entscheidungsfindung darstellen können. Schließlich liefe eine unverhältnismäßige politische wie gesellschaftliche Erwartungshaltung an Wissenschaften – insbesondere auch in Konfrontation mit gesellschaftlichen Herausforderungen – Gefahr

»Ansprüche an die direkte und kurzfristige Effektivität wissenschaftlichen Wissens wachsen [zu lassen] [...], und dies lädt geradezu dazu ein, immer Größeres zu versprechen und die Nebenwirkungen kleinzureden. [...] Solche Verheißungen sind riskant. Sie bergen die Gefahr struktureller Selbstüberforderungen von Wissenschaft. Sie wecken Erlösungshoffnungen, die jedenfalls kurzfristig eher enttäuscht werden.« (Strohschneider 2017: 6f.)

In diesem Zusammenhang sollte sich zudem auch mit dem Begriff *evidenzbasierter Politik* als solchem beziehungsweise mit der Grundierung von politischer Handlung/Diskussion auf *Evidenz* befasst werden. So geht evidenzbasierte Entscheidungsfindung v.a. auf die Medizin zurück und beschreibt ein »Streben nach ›Beweisen‹ in Form von gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen (›Evidenz‹) über [...] Effektivität und Effizienz [einer Behandlungsweise] durch methodisch kontrollierte Experimente und möglichst umfassende Auswertung aller vorhandenen Daten und Forschungsergebnisse« (Saretzki 2019: 82). Wissenschaftliche Evidenz im medizinischen Sinne stellt folglich die (empirische) Grundlagenschaffung für die sich davon ableitende(n) Behandlungsweisen/Medikation im Krankheitsfall dar. Saretzki (2019) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass analoge Übertragungen des medizinischen Evidenzbegriffs auf die Politik eigentlich nicht getroffen wer-

den sollten, da »[p]olitische Problemlösungen [...] sich [...] nicht nur auf Basis von wissenschaftlicher Evidenz [ergeben]. Sie müssen in komplexen und meist umstrittenen politischen Prozessen erarbeitet werden« (ebd.: 83). Dennoch – wie auch im Rahmen der diskursanalytischen Aufarbeitung gezeigt – findet der Begriff einer evidenzbasierten Politik beziehungsweise Regierungsweise bereits geläufige Anwendung, »zählt [gar] zu den Kernbestandteilen modernen Regierens« (Weiland 2013: 9). Dies gerade auch in der Hinsicht, als dass »[e]videnzbasierte Politik [...] als Instrument [gilt], um Politik zu versachlichen. Die Erwartung – und Hoffnung – ist, Politik von den interessen- und wertbasierten Wissensbehauptungen der politischen Akteure zu befreien [...]« (ebd.: 9f.) sowie durch das Einbringen des »verfügbare[n] (in der Regel wissenschaftliche[n]) Wissen[s] in den Politikprozess [...] ›besser: informierte politische Entscheidungen zu ermöglichen« (ebd.: 10). Zielsetzungen, die auch der diskursiven Begründungslogik der Einrichtung des *Oficina* zu Grunde liegen und über die gerade auch große (zukünftige) Herausforderungen der Gesellschaft sowie damit verbundene (auch mitunter disruptive) Veränderungspotenziale und Unsicherheiten (wie beispielsweise Pandemien) prognostizier- beziehungsweise politisch rationalisier- und steuerbar gemacht werden sollen. Mögliche Spannungsverhältnisse zwischen einem derartigen (politischen) Evidenzanspruch sowie diskursiven Verhandlungs- und Situationsweisen der jeweiligen (politischen wie wissenschaftlichen) Akteure sollten daher ebenfalls entlang einer weiterführenden Untersuchung der Arbeits- und Wirkungsweise des *Oficina* in den Blick genommen werden.

Ob die Arbeitsweise des *Oficina* tatsächlich darin besteht, thematische Schwerpunkte zu setzen, und den Anspruch hat, andere Parlamentsdebatten unter Bezugnahme auf wissenschaftliche Wissensbestände anzustoßen, kann zum aktuellen Zeitpunkt (Frühjahr 2022) noch nicht belegt werden. Für eine fundierte Auseinandersetzung mit der politisch-systemischen Funktionsweise des neuen Beratungsgremiums müsste zuerst der Komplex der wissenschaftlichen Politikberatung in Spanien aufgearbeitet werden. Erst dann könnten Wirkungsweise und Rollenzuweisung sowie Erwartungshaltungen und Legitimierungsweisen fundiert beurteilt werden. Was die Analyse allerdings exemplarisch gezeigt hat, ist, dass die verwendete Analysemethodik auch für die Auseinandersetzung mit weiteren gesellschaftlichen Bereichen dienlich ist.

